

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher M 8538. ...
Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 8

Cöln, den 21. April 1917.

V. Jahrgang.

Schicksalswende.

Nun muß sich Alles, Alles wenden, möchte man ausrufen, wenn man die weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten Wochen näher betrachtet. Zweiunddreißig lange Monate ringen Deutschland und seine Verbündeten um den Bestand und ihre Zukunft. Ein Kampf, in dem alle Mittel, die je menschlicher Verstand und Scharfsinn, Wissenschaft und Technik erfunden, eingesetzt werden. Die Zahl unserer Feinde hat sich wiederum um einige vermehrt. Amerika und seine Trabanten, die bisher „stille“ Teilhaber an dem „Geschäfte“ unserer Feinde gewesen sind, treten nunmehr als offene Gegner uns gegenüber, nur, weil sie eingesehen haben, daß mit Heuchelei, mit schönem Getue und allen Reden über wahre Humanität und Menschlichkeit das Schicksal nicht zu ändern ist. Die Niederlage Deutschlands, der Sieg Englands, wird von Tag zu Tag immer unwahrscheinlicher. Daran kann auch der gewaltige Ansturm in den letzten Wochen an der Westfront nichts mehr ändern. Der Hungertau, der uns auf Knie zwingen, unserem siegreichen Heere die Waffe aus der Hand schlagen und zur schwächlichen Kapitulation zwingen sollte, wendet sich nunmehr gegen die, die ihn herbeigerufen haben. Unsere tapferen U-Boote sorgen dafür, daß die Alleinherrschaft Englands auf dem Weltmeere ins Herz getroffen wird. Die Großfürsten Rußlands, an der Spitze der Zar, mit ihrer unermesslichen Landgier sind mit dem gestraft, mit dem sie gesündigt haben. Ihr Land war groß genug, um allen Landeskindern Brot und Arbeit zu geben, wenn nur eine vernünftige Verwaltung vorhanden gewesen wäre. Nunmehr, durch den Hunger gezwungen, hat das Volk das Alte gestürzt. Noch vor einigen Monaten der mächtigste Herrscher, ist heute der Zar der Gefangene seines eigenen Volkes, zittert vor dem Schicksal, welches in einer ähnlichen Lage den König Ludwig den 14. von Frankreich schon vor 128 Jahren ereilt hat. Jede Schuld rächt sich auf Erden. Wenn es auch, wie unser Reichskanzler vor kurzem ausführte, eigene Sache eines jeden Volkes sein muß, wie es sich seine staatlichen Verhältnisse einrichtet, im gegenwärtigen Augenblicke können für uns die Vorgänge in Rußland nicht gleichgültig sein. Ein derartiges weltgeschichtliches Ereignis, wie es sich in Rußland vollzogen hat, muß die Kraft einer Nation, die nach außen ebenfalls im schweren Kampfe steht, erheblich schwächen. Um so mehr wird sie versuchen müssen, die Ketten zu sprengen, die ihr die Verbündeten angelegt haben, in dem Augenblicke, wo sie erkennt, daß diese Ketten sich noch tiefer in den Abgrund

ziehen werden. Wie sich die Verhältnisse in Rußland endgültig gestalten werden, kann heute, bei der vollständigen Anarchie, die gegenwärtig dort herrscht, niemand voraussagen. Uns genügt zur Stunde die Tatsache, daß ein mächtiger Gegner erheblich geschwächt ist, unsere Hoffnungen auf den endgültigen Sieg erheblich zu stärken. Diese Hoffnungen dürfen wir mit um so größerer Berechtigung hegen, da noch in den letzten Tagen Hindenburg die bestimmte Meinung aussprechen konnte, ohne dieses Ereignis in Rechnung zu stellen, könnten wir mit ruhiger Zubersticht der Zukunft entgegengehen.

Einen baldigen Friedensschluß, der uns die berechtigten Forderungen zur Erfüllung bringt, haben wir daher, nach Lage der Dinge mit Bestimmtheit zu erwarten. Vorerst aber haben wir noch durchzuhalten. Größere Schwierigkeiten, wie wir sie in der vergangenen Zeit hatten, stehen uns in der Lebensmittelversorgung für die nächsten Monate bevor. Hieran würde auch ein sofortiger Friede nichts ändern, da es eben auf der ganzen Welt an dem notwendigen Vorrat an Lebensmitteln mangelt. Rücksichtsloses Zufassen seitens der Behörden, verbunden mit der bewährten Opferwilligkeit unserer städtischen Bevölkerung wird uns aber bis zur nächsten Ernte über die nächsten Monate, wenn auch mit schweren Entbehrungen, hinweghelfen.

Das heutige Ringen mit seinen welterschütternden Begleiterscheinungen wird aber auch nicht ohne Folgen für die innere Gestaltung der Nationen sein. Wohl dem Staate, der es verstanden hat, zu Friedenszeiten die Forderungen der Zeit zu erkennen, und notwendige Reformen einzuführen. Rußlands und Englands Herrschende glaubten, sich den notwendigen politischen Freiheiten des Volkes entgegenstemmen zu dürfen, und erlebten blutige Aufstände. England hat die Freiheitskämpfer in Irland nochmals mit roher Gewalt niederringen können, aber auch dem russischen Zar gelang es 1905 noch den Aufstand zu unterdrücken, um ihm 12 Jahre später doch unterliegen zu müssen. Was den treulosen führenden Männern Italiens nach der bestimmt zu erwartenden militärischen Niederlage blühen wird, ist leicht zu erraten.

Genau so unbestimmt ist das neue Schicksal Frankreichs, wo sich unter der Maske der Demokratie eine Autokratie, ein Demagogentum verbirgt, wie es in andern Staaten nicht anzutreffen ist. Frankreich, England und Amerika sind diejenigen Staaten, wo dem Arbeiterstande, der großen Masse des Volkes, äußerlich große politische Rechte zuerkannt sind. Trotzdem fehlt hier jede sozialpolitische Maßnahme, die Deutschland sich zum Vorbilde nehmen könne.

Fast nirgends ist das „Recht“ und die „Freiheit“ für die große Masse zu Verhungern und unter den Auswüchsen einiger rücksichtslosen kapitalistischen Machthaber elend zugrunde zu gehen, größer wie in diesen Staaten.

Oder wagt jemand noch zu behaupten, daß in unserm Vaterlande, das Lumpenproletariat einen größern Umfang habe, wie in diesen Ländern. Wahre Demokratie verbunden mit sozialem Verantwortungsbewußtsein war und ist bei uns in weit größerm Maße anzutreffen wie in andern Ländern und hat soziale Einrichtungen geschaffen, um die andere Nationen uns mit Recht beneiden. Aus diesem Grunde hat auch diejenige Partei bei uns, die bisher den Staatsgedanken verneint hat, versucht, jetzt während des Krieges den Anschluß an das Staatsganze zu finden. Der gegenwärtige Streit in der Sozialdemokratie ist nichts andres, wie ein Kampf zwischen den Anhängern der alten Richtung, die mehr oder weniger unbekümmert und unbeeinflusst von den welterlöschenden Ereignissen der letzten Jahre, den alten Parteidogmen treu bleiben wollen, und derjenigen, die es im Interesse der Arbeiterchaft für unbedingt notwendig halten, die gesamte Arbeiterbewegung einzuordnen in das politische und staatliche Leben der Nation.

Auch bei uns wird sich noch manches ändern müssen, um den Arbeitern und Angestellten das zu sein, was Staat und Nation bis heute schon den übrigen Ständen gewesen ist. Berechtigte und dringende Wünsche haben wir noch genug. Es sei hier nur auf die Wünsche verwiesen, die in dem Programmentwurf der christlich-nationalen Arbeiterbewegung enthalten sind. Auf dem Gebiete des Wahlrechts für die Parlamente der Staaten und Städte, des Bildungs- und Schulwesens, des Rechtslebens ist heute manche Forderung als spruchreif zu erachten und muß in Angriff genommen werden. Freie Bahn dem Tüchtigen. Dieses Wort muß zur Wahrheit werden. Um so erfreulicher ist die Tatsache, daß nunmehr der Kaiser selbst, sein königliches Wort für den politischen und sozialen Fortschritt in der Osterbotschaft verpfändet hat. Wenn auch hier nur zunächst von einer Reform des preussischen Wahlrechts die Rede ist, ist es selbstverständlich, daß sich hieran Reformen, die hiermit im Zusammenhang stehen, anschließen werden.

Von Segen für das gesamte Volk werden diese Reformen aber erst dann, wenn es lebendigen Anteil am nationalen und staatlichen Leben nimmt. Was nützt dem russischen Muschik das allgemeine gleiche Wahlrecht, wenn er davon keinen Gebrauch zu machen weiß. Die ganze Reform des russischen Staatslebens bestünde dann für ihn nur darin, daß er bisher geschafft, geradert und Steuern bezahlt hat für den Zaren, die Großfürsten und das verlotterte Beamtentum und in Zukunft es für die Demagogen und sonstige Leute, die es verstehen, die Gelegenheit beim Schopfe zu nehmen, tun würde.

Je mehr Rechte das Volk hat, um so größer ist auch seine Verantwortung. Hieraus erwachsen in erster Linie den Arbeiterorganisationen große Aufgaben. Staatsbürgerliche Schulung galt bisher schon als eine der Hauptaufgaben der christlichen Gewerkschaften. Gerade weil diese Aufgabe sich als notwendig erwiesen und während des Krieges die schönsten Früchte getragen hat, werden wir ihr in der Zukunft die größte Aufmerksamkeit schenken. Unterziehen sich die Mitglieder dieser Aufgabe freudig und mit Eifer, wird die Schicksalswende, die sich in diesen Tagen vollzieht, nicht ohne günstige Folgen für die deutsche Arbeiterchaft bleiben.

Kriegsbeschädigte.

In einigen Orten sind Vereinigungen von Kriegsbeschädigten gegründet worden. Diese sollen in den Ostertagen auf einem nach Essen einberufenen Kongresse zu einem „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich“ zusammengeschlossen werden. Zweck des Verbandes soll sein:

„Unter Ausschluß aller politischen und konfessionellen Fragen wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsbeschädigten; tätige Mithilfe des Kriegsbeschädigtenverbandes an der bestehenden amtlichen Fürsorge durch die Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten und unter besonderer Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Kriegsbeschädigten namentlich in der Berufsberatung;

in Verbindung mit allen maßgebenden Stellen und Faktoren Ausbau der gesamten Fürsorge zu einer durchaus praktisch arbeitenden.“

Ist eine solche Organisation der Kriegsbeschädigten zweckmäßig und notwendig?

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist einheitlich im Reich organisiert, wenn auch die reichsgesetzliche Regelung noch nicht erfolgt ist, die von der Konferenz der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 23. August 1916 in Köln a. Rh. gefordert wurde. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind alle wirtschaftlichen, Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen, somit auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten und tätig. Es ist richtig, daß diese Fürsorgeorganisation nicht in allen ihren Teilen sich als so wirksam erweist, wie es sein könnte und sein müßte. Das liegt weniger an der Organisation der Fürsorge, als daran, daß an manchen oft recht einflussreichen Stellen sich ein Bürokratismus geltend macht, der weder der großen gemeinsamen Sache noch der gegenwärtigen Zeit entspricht. Hier muß Wandel geschaffen werden. Erst dann, wenn die darauf gerichteten Bemühungen vergeblich bleiben sollten, wäre eine andere der Sache selbst und den Interessen der Kriegsbeschädigten besser dienende Organisation zu schaffen, jedoch nicht von den Kriegsbeschädigten selbst. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge muß Sache des gesamten Volkes und insbesondere der Organisationen sein, die bisher die wirtschaftlichen Interessen derjenigen vertreten haben, die als Kriegsbeschädigte vom Kampfplatz abgetreten sind und den Kampf ums Dasein, um die Sicherung ihrer Lebenshaltung unter für sie erschwerten Bedingungen in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft wieder aufnehmen müssen. Nur in den Organisationen, in denen er die Hilfe seiner voll leistungsfähigen Kollegen und Arbeitsgenossen findet, wird der Kriegsbeschädigte Kraft für den Kampf ums Brot und Daseinsfreude wieder gewinnen. In der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer wurde bisher schon der Weg zu praktischer Fürsorge für die ins Arbeitsverhältnis zurückkehrenden Kriegsbeschädigten beschritten.

Zwar dürfen die Kriegsbeschädigten nicht nur Objekt der Fürsorge sein, sie müssen selbständigen Anteil an ihr haben. Dazu bedarf es keiner besonderen Organisation der Kriegsbeschädigten. Eine solche Vereinigung der dauernd Leidenden würde nur niederdrückend auf diejenigen wirken, die gehoben werden müssen, um sich als vollwertige Kräfte im Wirtschaftsleben zu fühlen. Sie ist weder zweckmäßig noch notwendig, besonders nicht für die Arbeiter und Angestellten. Diese finden ihre Interessenvertretung unter eigenem Mitwirken in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden, die neben ihrer Mitarbeit in der allgemeinen Kriegsbeschädigtenfürsorge besondere Einrichtungen haben, den Kriegsbeschädigten zu dienen. Es sind dies unter anderem deren Arbeitersekretariate und sonstigen Rechtsschutzstellen. Hier findet der Kriegsbeschädigte nicht nur Rat, sondern auch die Rechtshilfe, deren er bedarf.

Mit dieser Hilfe, die dem einzelnen Kriegsbeschädigten in seinem Notkstreit kostenlos gewährt wird, hat es nicht sein Bewenden. Vielmehr haben die unterzeichneten Centralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände mit der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge gemeinsam Einrichtungen getroffen, die auf den Gebieten der Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitseinkommen usw. den besonderen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmet sind. Damit dürfte alles das erreicht werden, was eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten erreichen könnte.

Bei der Propaganda für die Gründung einer solchen Organisation wird auch darauf hingewiesen, daß der „Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge“ dafür Sympathie zeige. Das ist durchaus unzutreffend. Weder der Reichsausschuß noch eine andere in Betracht kommende amtliche Stelle sieht in dieser Gründung eine Förderung der Interessen der Kriegsbeschädigten. Gerade uns, die wir diesen nach allen Richtungen hin dienen wollen und durch unsere Organisationseinrichtungen auch dienen können, erscheint aus den oben dargelegten Gründen eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten nicht nur überflüssig, vielmehr für diese selbst nachteilig. Die Kriegsbeschädigten dienen ihrer Sache am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.

Berlin, den 3. April 1917.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
A. Stegerwald.

Ver. and der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.)
Gust. Hartmann.

Polnische Berufsvereinigung.
J. Dzymer.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliche Angestelltenrecht.
S. Aufhäuser.

Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände.
Dr. Hüfle.

(Wie die Tagespresse berichtet, ist die Ostertagung so ziemlich ins Wasser gefallen. Auch ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß die sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen“ hier ihre Hand im Spiele haben und möglich auf diesem Umwege sich Einfluß zu verschaffen suchen. Doppelte Vorsicht ist daher am Platze.
Die Schriftleitung.)

Aus unseren Berufen.

Auf unsere Eingabe an die Stadtverwaltung in Bonn ging uns als Antwort am 5. April folgendes Schreiben zu: „Auf das Schreiben vom 19. März teile ich mit, daß die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer Sitzung vom 29. März beschlossen hat, den städtischen Arbeitern mit einem Lohne bis zu 5 Mark einschließlich eine Lohnzulage von 50 Pfg. täglich, und denjenigen mit einem Lohn von über 5 Mark eine Lohnzulage von 40 Pfg. täglich vom 1. April d. J. zu zahlen. Arbeiter unter 18 Jahren sollen dabei unberücksichtigt bleiben.“

Der Oberbürgermeister.

S. B.:

Name unleserlich.

In unserer Eingabe war eine Erhöhung der Löhne um 1 Mark resp. 75 Pfg. pro Tag gewünscht, dem aber nur, wie obiges Schreiben zeigt, zum Teil Rechnung getragen ist. Immerhin ist das schnelle Entgegenkommen seitens der Stadt anzuerkennen. Wir sind uns wohl bewußt, diese

Zulage bietet keinen Ausgleich für die Verteuerung der Lebensmittel, und wenn nicht durch die Maßnahmen der amtlichen Stellen die Preise auf der bisherigen Höhe gehalten, resp. wie nach Möglichkeit gesenkt werden, werden die städtischen Angestellten und Arbeiter zur gegebenen Zeit wiederum gezwungen sein, vorstellig zu werden.

Der Rat der Stadt Zwickau ließ uns folgendes Schreiben zugehen: „Auf Ihre Eingabe vom 31. Januar d. J., betr. die Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Arbeiter, die mit einer Eingabe des Gesamtarbeiterausschusses der städtischen Betriebe zusammentraf, die eine Stundenlohnerhöhung um 5 Pfg. anstrebte, teilen wir Ihnen mit, daß der Gesamtrat auf Vorschlag der zuständigen Ausschüsse beschlossen hat, den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen, mit Ausnahme der Helferinnen der Volksküchen, bei denen die Löhne durch besondere Vereinbarung festgesetzt worden sind und derjenigen Bediensteten, die neben ihrem Lohne die volle Beköstigung und Wohnung

von der Stadt erhalten, eine weitere Teuerungszulage zu gewähren, die zu betragen hat: 3 Pfg. die Stunde für Unverheiratete und 4 Pfg. die Stunde für Verheiratete, Witwer oder Geschiedene mit eigenem Hausstand. Die Zulage wird rückwirkend vom 1. Januar 1917 ab gewährt. Ferner soll vom gleichen Zeitpunkt ab die Lohngrenze von 28,85 Mark wöchentlich wegfallen, die bei der Kinderzulage vom 1. Dezember 1915 allgemein und bei der Wochen-teuerungszulage vom 1. Juli 1916 in Ansehung der Unverheirateten zu beachten war.

Auf Ihren Antrag, die bereits bestehende Wochen-teuerungszulage auf 2 Mk. für die Unverheirateten und 3 Mk. für die Verheirateten zu erhöhen und für jedes Kind außerdem 1 Mk. wöchentlich zu gewähren, hat man nicht einzugehen vermocht. Dem Grundsatze der Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Lohnbemessung ist schon durch die Teuerungszulagen vom 1. Dezember 1915 und vom 1. Juli 1916 Rechnung getragen. Mit einer durchgehenden Erhöhung des Stundenlohnes glaubte man den Wünschen der Gesamtarbeiter-schaft mehr zu entsprechen, wenn auch diese Erhöhung nicht bis zu der vom Gesamtarbeiterausschuß beantragten Höhe erfolgen konnte, da auf andere Bevölkerungsschichten Rücksicht genommen werden mußte, die unter derselben Not leiden, wie die Arbeiter, denen die Stadt nicht zu Hilfe kommen kann.

Die nachzuzahlenden Beträge gelangen alsbald zur Auszahlung, zum Teil ist sie schon geschehen.

Zu dem Antrage auf Neubildung der Arbeiterausschüsse ist der Gesamtarbeiterausschuß zur Aufhebung seiner Wünsche veranlaßt worden.“

Der Rat der Stadt Zwickau.
(gez.) Herrmanns.

Eine 15prozentige Lohnerhöhung in Essen. Den Bemühungen der Arbeitervertreter im Stadtverordnetenkollegium, sowie unseres Verbandes ist es gelungen, daß die Entlohnung der städtischen Arbeiter und Angestellten einer Nachprüfung unterzogen wurde. Nachdem zunächst die ersten Bemühungen an den ihnen entgegen gesetzten Widerständen scheiterten, ist nunmehr ein wesentlicher Erfolg zu verzeichnen. Bei der letzten Löhnung wurde bereits den Arbeitern und den diesen gleich gestellten Angestellten eine Lohnerhöhung von 15 Prozent ausgezahlt.

In der Stadtverordnetensitzung am 12. April in Köln wurde beschlossen, den städtischen Arbeitern, die außerhalb der sonst üblichen Werkstätte beschäftigt werden, den bisherigen Zuschlag von 1 Mark auf 2 Mark pro Tag zu erhöhen.

Neuregelung der Grundlöhne und Erhöhung der Teuerungs- und Kinderzulagen wünscht eine Eingabe unseres Verbandes an den Magistrat der Königlichen Stadt Landshut. In der Eingabe wird, nach den Berichten des Königl. statistischen Amtes die gerade nicht schmeichelhafte Feststellung gemacht, daß Landshut bezüglich der Teuerungszulagen leider an letzter Stelle steht und sich von einer Reihe kleinerer, schlechter stehender bayerischer Städte um ein Bedeutsames hat übertrumpfen lassen. Hoffentlich wird sich der Magistrat nun etwas beeilen und durch Gewährung einer doppelten Zulage das Versäumte nachzuholen versuchen.

Rundschau.

Hermann Imbusch †. Der Beamte des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter, Hermann Imbusch, der zugleich Landtagsabgeordneter für Nachen-Land war, wird seit Dezember 1914 vermißt. Trotz aller Nachforschungen ist es nicht gelungen, bisher seinen Verbleib zu ermitteln. Man glaubte, er sei in russische Gefangenschaft geraten. Wie jetzt festgestellt wurde, ist Kollege Imbusch am 7. Dezember 1914 bei einem Sturmangriff auf dem östlichen Kriegsschauplatz gefallen. In ihm verliert nicht nur der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter einen arbeitsfreudigen und tatkräftigen Angestellten, sondern auch die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung einen treuen Förderer. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Arbeiterschaft im Weltkriege. In einer Unterredung eines Vertreters der „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit dem Chef des technischen Stabes des Kriegsamtes, Herrn Direktor Dr. Sorge, vom Kruppischen Grusonwerk in Magdeburg äußert dieser seine Zubersticht über das gute Gelingen des Wettkampfes für das deutsche Volk. Ueber den Anteil der deutschen Arbeiterschaft an dieser Zubersticht sagte er:

„Diese zuberstichtliche Ueberzeugung wird bestärkt durch die Wahrnehmung, mit welcher Eingabe die Arbeiter in der Heimat die Waffen für ihre Kameraden an der Front schmieden helfen. Die deutsche Arbeiterschaft hat die volle Einsicht in die Bedeutung dieses Kampfes und die volle Erkenntnis des Ernstes der Stunde. Darum schafft sie unermüdet und opferfreudig an der Waffenrüstung unseres Vaterlandes. Gegenüber den Notwendigkeiten, die sich aus dem Kampf um unser nationales Dasein ergeben, ist wohl nicht zu zweifeln, daß die Arbeiter manche ihnen aus den gegenwärtigen Verhältnissen erwachsenden Schwierigkeiten aus Liebe zum bedrohten Vaterlande auf sich nehmen und überwinden werden.“

Die Anerkennung, die hier der deutschen Arbeiterschaft aus dem Munde eines der ersten deutschen Industrieleiter ausgesprochen wird, ist gewiß beachtenswert. Für die Mitglieder unserer Bewegung, die niemals die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens aller Stände in allen nationalen und großen volkswirtschaftlichen Fragen abgeleugnet, ist ihr jetziges Verhalten eine Selbstverständlichkeit, für das sie weder Lob noch besondere Anerkennung beanspruchen. Wohl aber wäre zu wünschen, wenn die Leiter unserer deutschen Großindustrie, nun die Unhaltbarkeit ihres bisherigen Standpunktes, nach welchem sie den Arbeitern das Recht absprechen, an der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels ihrer Organisationen mitzuwirken, einsehen und um des Rechtes willen, sich über diese Punkte gegenseitig zu verständigen, bereit erklärten.

Aus den Ortsgruppen.

Mannheim, Straßenbahner. Die General-Versammlung unserer Ortsgruppe fand am Dienstag, den 20. März statt. Der Vorsitzende Schröder erstattete Jahres- und Kassenbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Einnahmen für die Zentral-Kasse	M 396.80
Ausgaben	" 191.56
Jodaß an die Zentral-Kasse abgeliefert wurden	
	M 205.24
Die Lokal-Kasse hatte eine Einnahme von	M 142.41
eine Ausgabe von	" 95.95
Jodaß ein Bestand verbleibt von	
	M 46.46

An Krankengeld wurden insgesamt M 152.— ausbezahlt. An Posteingang waren 272; an Ausgang 1374 Sachen zu bezeichnen.

Das Ergebnis der Wahl: Der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

Im Folge stehen 100 Mitglieder: Davon sind gefallen 13; vermißt 3; gefangen 2; verbleibt also ein Rest von 20 zahlenden Mitgliedern, wovon auch vier im Folge stehen.

Fünf Kollegen wurde das „Eiserne Kreuz“ verliehen; von denen 2 gleichzeitig noch die „Badische Verdienst-Medaille“ erhielten.

Kollege Scherer führte aus, daß ein Zusammenarbeiten mit dem gegnerischen Verband erfreuliche Resultate gezeitigt habe; ganz besonders in betreff der Teuerungszulage, daß überhaupt das Zusammenarbeiten ein Erfreulicheres gegen früher sei.

Die General-Versammlung spricht sich auch dieses Jahr wieder gegen die Agitation unter dem weiblichen Personal aus. Kollege Scherer meint unter anderem, daß, wenn die Kollegen, die im Felde stehen und ihr Gehalt weiter beziehen, auch ihre Verbands-Beiträge weiter bezahlen hätten, manche Enttäuschung für die Frauen im Krankheitsfällen vermieden und ihnen erspart geblieben wäre.

Mit herzlichem Dankeswort an die Anwesenden schloß dann Kollege Scherer die, den Kriegsverhältnissen entsprechend gut besuchte Versammlung.

(Mit der Stellung des Vorstandes inbezug auf die Agitation unter den weiblichen Angestellten können wir nicht einverstanden sein. Für die Dauer des Krieges ist die Mitarbeit der Frauen gar nicht zu entbehren. Wie die Verhältnisse sich nach dem Kriege gestalten werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Selbstverständlich dürfen männliche Angestellte, die nach dem Kriege in ihrem alten Dienst zurückkehren wollen, nicht durch weibliche Angestellte verdrängt werden. Um dieses aber zu verhüten, muß der Grundsatz überall inbezug auf die Frauenarbeit durchgeführt werden: Für gleichen Dienst gleichen Lohn. Dadurch schränken wir am besten die Frauenarbeit dort ein, wo sie aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen unerwünscht ist. Muß der Arbeitgeber den gleichen Lohn zahlen, hat er kein Interesse mehr an der Weiterbeschäftigung der Frauen, über das notwendige Maß hinaus. Dieses Ziel wird aber nur dann erreicht, wenn wir die Kolleginnen in weitem Maße zur Mitarbeit an der Regelung der Lohnfrage und der sonstigen Dienstverhältnisse in der Organisation heranziehen. Die Schriftleitung.)

Verbandsnachrichten.

Vom 4. Quartal haben abgerechnet die Ortsgruppen: München, Frankfurt, Essen, Straubing, Bitttriching und Düsseldorf (Gemeindearbeiter).

Vom 1. Quartal die Ortsgruppen: Sternberg, Dillingen, Dransdorf, Landshut, Freising und Grefeld.

Der Zentralvorstand.
S. A.: Geinr. Gickmann.

Gedenktafel.

Gestorben sind die treuen Kollegen:
Anton Finkel, Augsburg.
Johann Ueters, Köln.
Ehre ihrem Andenken!